Awo holt Landtagsfraktionen an einen Tisch

Kita-Finanzierung: Noch keine Lösung in Sicht – Kreis sieht Sparpotenzial beim Personalschlüssel

VON REINER THIES

OBERBERG. Die Arbeiterwohlfahrt (Awo) Rhein-Oberberg hat die Hoffnung, alle ihre Kindertagesstätten weiter betreiben zu können, noch nicht aufgegeben. Anlass dazu gibt die Gesprächsbereitschaft der Landtagsfraktionen.

Wie Awo-Geschäftsführerin Martina Gilles gestern mitteilte, haben sich Vertreter aller Landtagsfraktionen den oberbergischen Demonstrantinnen gestellt, die am Donnerstag in Düsseldorf für eine bessere Finanzierung der Kitas demonstriert haben. Darunter wohlgemerkt auch ein Vertreter der SPD. „Ich finde es ganz toll, dass die Parteien und ein Vertreter des Ministeriums zugesagt haben, zu uns zu kommen." Gilles will schon im April die Politiker mit Vertretern der freien und kommunalen Kita-Träger an einen Tisch bringen, um das Finanzierungsproblem zu diskutieren.

Bereits im Dezember hat das Land den Kita-Betreibern mitgeteilt, dass der jährliche Anstieg der Kindpauschalen ab 1. August auf drei Prozent verdoppelt wird. Diese Erhöhung gilt für drei Jahre, bis das Kinderbildungsgesetz ohnehin grundsätzlich reformiert wird. Dazu kommt ein einmaliger Zuschlag, der möglich wird, weil die Landesregierung das Betreuungsgeld einspart.

Awo-Geschäftsführerin Martina Gilles: „Uns läuft die Zeit davon."

Aber diese Erhöhung reicht nach Darstellung der Awo nicht aus, um den Tarifabschluss für die Entlohnung der Erzieherinnen zu kompensieren. Dazu kommt, dass die Tariferhöhung rückwirkend ab 1. Juli 2015 gilt. Um diese Sonderausgabe zu überbrücken, bedürfte es eines Notfonds, auf den die Awo bisher vergeblich gehofft hat. Der Kreis und die betroffenen Kommunen können dieses Defizit ohne die Hilfe des Landes nicht ausgleichen, glaubt Gilles.

„Wir wollen am liebsten alle unsere 60 Einrichtungen behalten", beteuert die Awo-Geschäftsführerin, „aber langsam läuft uns die Zeit davon."

Derweil setzt Kreissozialdezernent Dr. Jorg Nürmberger darauf, dass zumindest das Deutsche Rote Kreuz nochmal überdenkt, ob es seine Kitas ab dem 1. August nicht doch noch auskömmlich weiter betreiben kann. Nürmberger sieht eine Stellschraube beim Personalschlüssel. „In Zeiten wie diesen" müsse man überlegen, ob hohe Qualitätsstandards, die etwa die Freistellung der Leitungen von der Arbeit in den Gruppen erlauben, nicht ausgesetzt werden müssen.